



Detailansicht des Registereintrags

Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde

Stand vom 09.09.2025 15:28:35 bis 06.10.2025 09:02:58

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R002348
Ersteintrag:	28.02.2022
Letzte Änderung:	09.09.2025
Letzte Jahresaktualisierung:	04.08.2025
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	Adresse: Reinhardtstraße 29 10117 Berlin Deutschland Telefonnummer: +4930240477212 E-Mail-Adressen: sekretariat@dgppn.de n.berger@dgppn.de t.stoeckel@dgppn.de j.holzhausen@dgppn.de Webseiten: www.dgppn.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Mitgliedsbeiträge, Sonstiges, Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen, Wirtschaftliche Tätigkeit, Öffentliche Zuwendungen

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

690.001 bis 700.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

0,80

Vertretungsberechtigte Person(en):**1. Prof. Dr. Euphrosyne Gouzoulis-Mayfrank**

Funktion: Präsidentin

2. Prof. Dr. Andreas Meyer-Lindenberg

Funktion: Past President

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (7):**1. Prof. Dr. Euphrosyne Gouzoulis-Mayfrank****2. Prof. Dr. Andreas Bechdorf****3. Dr. Sylvia Claus****4. Natalie Berger Ph.D.**

Tätigkeit bis 08/22:

Wissenschaftliche Mitarbeiterin und Koordinatorin

im Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) oder dessen Geschäftsbereich

5. Dr. Tommy Stöckel

Tätigkeit bis 02/25:

Büroleiter und wissenschaftlicher Mitarbeiter
für ein Mitglied des Deutschen Bundestages

6. Prof. Dr. Sabine Herpertz**7. Prof. Dr. Andreas Meyer-Lindenberg****Gesamtzahl der Mitglieder:**

12.389 Mitglieder am 30.06.2025, davon:

12.370 natürliche Personen

19 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (11):

1. European Psychiatric Association (EPA)

2. World Psychiatric Association (WPA)

3. Zentrales adhs-netz

4. Deutsches Netzwerk Versorgungsforschung e. V. (DNVF)

5. Union Européenne des Médecins Spécialistes (UEMS)

6. Deutsche Schmerzgesellschaft e. V. (DGSS)

7. Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit e.V. (KLUG)

8. Informationsdienst Wissenschaft (idw)
9. Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften (AWMF)
10. German Brain Council (GBC)
11. Coalition for Advancing Research Assessment (CoARA)

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (6):

Hochschulbildung; Rechte von Menschen mit Behinderung; Gesundheitsförderung; Gesundheitsversorgung; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst sowie durch die Beauftragung Dritter wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Die DGPPN ist die größte medizinisch-wissenschaftliche Fachgesellschaft für Fragen der psychischen Erkrankungen in Deutschland. Sie bündelt die Kompetenz von über 11.500 Fachärzten, Therapeuten und Wissenschaftlern, die in Universitätskliniken, Krankenhäusern und ambulanten Praxen sowie in der Forschung auf dem Gebiet der psychischen Gesundheit tätig sind. Die Gesellschaft dient der Förderung von Wissenschaft und Forschung als auch der Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und der öffentlichen Gesundheitspflege im Bereich Psychiatrie, Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde. Dieser Vereinszweck wird insbesondere verwirklicht durch wissenschaftliche Veranstaltungen (Kongresse, Tagungen) und regelmäßige publikatorische Aktivitäten. Die wissenschaftlichen Veranstaltungen der Gesellschaft sind grundsätzlich der Allgemeinheit zugänglich. Ein besonderes Augenmerk gilt der Durchführung und Unterstützung von Aktivitäten in der Aus-, Fort- und Weiterbildung. Zu diesem Zweck veröffentlicht die Gesellschaft zudem laufend Stellungnahmen und Leitlinien zu relevanten und aktuellen Fragen des Fachgebiets, des Gesundheitswesens und der öffentlichen Gesundheitspflege. Die DGPPN e. V. betreibt Politikberatung in Form von veröffentlichten und übermittelten Stellungnahmen, Positionspapieren, weiteren Publikationen sowie persönlichen Gesprächen mit Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern aus der Politik. Öffentliche Veranstaltungen finden regelmäßig mit Politikbeteiligung statt.

Konkrete Regelungsvorhaben (8)

1. Reform der gemeindenahen psychiatrischen Versorgung im GVSG

Beschreibung:

Die DGPPN stellt mit Sorge fest, dass im Referentenentwurf für ein Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsversorgung in der Kommune (GVSG) keinerlei Regelungen enthalten sind, die dringend notwendige Reform der gemeindenahen psychiatrischen Versorgung durch das Krankenhaus betreffen. Die Fachgesellschaft plädiert dafür, die gesetzlichen Regelungen

anzupassen und der Einführung von Globalbudgets, der Stärkung der Psychiatrischen Institutsambulanzen durch eine bundesweit auskömmliche Finanzierung, einer Flexibilisierung der Vergütung nach dem Bayerischen Modell sowie einer flächendeckenden regionalen Versorgungsverpflichtung als Versorgungsprinzip dabei den höchsten Stellenwert beizumessen.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 234/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Gesundheitsversorgung in der Kommune (Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz - GVSG)

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2406070038 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 08.03.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

2. SG2406070039 (PDF - 24 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 03.05.2024 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

2. **Strukturelle Prävention der Folgen des Alkoholkonsums**

Beschreibung:

Die Folgen von Alkoholkonsum sind eine enorme Belastung der Bevölkerungsgesundheit, des sozialen Miteinanders und der Volkswirtschaft. Darauf weisen die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen (DHS), die Bundesärztekammer (BÄK), die Bundespsychotherapeutenkammer (BPTK), die Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde (DGPPN) sowie die DG-Sucht in einem gemeinsamen Positionspapier hin.

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406270018 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 26.06.2024 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

Versendet am 26.06.2024 an:

Bundestag

Gremien [\[alle SG dorthin\]](#)

3. **Reform der Notfallversorgung**

Beschreibung:

Die DGPPN wirbt dafür, dass psychiatrische Expertise in der Notfallversorgung und in den integrierten Notfallzentren unbedingt repräsentiert sein muss. Es fehlt allerdings bislang an konkreten Vorgaben, wie die Koordination somatischer mit bereits bestehenden psychiatrischen Notfallstrukturen geregelt werden soll. Die DGPPN empfiehlt, potenzielle Schnittstellen mit den angekündigten flächendeckenden psychiatrischen Notfall- und Krisendiensten bereits mitzudenken. Weiterhin besteht die Sorge, dass die geplante Reformierung nicht ressourcenneutral machbar sein wird. Ein Abzug von Mitteln von Personalressourcen aus anderen Bereichen der Versorgung muss unbedingt vermieden werden.

Bundesrats-Drucksachenummer:

[BR-Drs. 379/24 \(Vorgang\)](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Notfallversorgung

Zuständiges Ministerium: [BMG](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Zuvor:

Referentenentwurf (BMG): [Gesetz zur Reform der Notfallversorgung \(NotfallG\)](#) ([Vorgang](#))

Bundestags-Drucksachenummer:

[BT-Drs. 20/13166 \(Vorgang\)](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Notfallversorgung

Zuständiges Ministerium: [BMG](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Zuvor:

Referentenentwurf (BMG): [Gesetz zur Reform der Notfallversorgung \(NotfallG\)](#) ([Vorgang](#))

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2407110029 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.07.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. SG2408120004 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.08.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

4. Gesetzliche Regelung des assistierten Suizids

Beschreibung:

Assistierte Suizide finden zunehmend statt, sind in Deutschland jedoch aktuell nicht per Gesetz geregelt. Die DGPPN sieht mit großer Sorge, dass die unregelte Praxis vulnerable Gruppen gefährdet, die zu einer freiverantwortlichen Suizidentscheidung nicht in der Lage sind. Wir halten eine gesetzliche Regelung daher weiterhin für dringend geboten. Dazu möchte die DGPPN Empfehlungen unterbreiten und hat ihre Eckpunkte für eine Neuregelung des assistierten Suizids aus dem Jahr 2020 aktualisiert.

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2407110030 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 08.07.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

5. Anpassungen des Gesetzes zum kontrollierten Umgang mit Cannabis und zur Änderung weiterer Vorschriften (CanG)

Beschreibung:

Ausbau der Forschung zu den Auswirkungen des Cannabisgesetzes, Aufsetzen umfassender Präventionsprogramme und bessere Ausstattung der Einrichtungen der Suchtberatung und Suchtbehandlung

Betroffenes geltendes Recht:

KCanG [alle RV hierzu]; MedCanG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2409110018 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.09.2024 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

6. Psychische Gesundheit stärker in den Fokus der politischen Arbeit rücken

Beschreibung:

Psychische Erkrankungen sind Volkskrankheiten und stellen eine der größten gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit dar. Für Betroffene und ihre Angehörigen sind psychische Erkrankungen mit massivem Leid verbunden und führen zu gravierenden Einschränkungen im sozialen und beruflichen Leben. Daten deuten darauf hin, dass sich die psychische Gesundheit der Menschen in Deutschland über die letzten Jahre verschlechtert hat. Die DGPPN setzt sich darum dafür ein, dass der Schutz und die Wiederherstellung der psychischen Gesundheit der Bevölkerung in der nächsten Legislaturperiode politische Priorität bekommen.

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu];

Hochschulbildung [alle RV hierzu]; Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu];

Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]; Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2412090004 (PDF - 11 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 05.12.2024 an:

Bundestag

Organe [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [\[alle SG dorthin\]](#)

7. **Prävention stärken - Kinder mit psychisch oder suchtkranken Eltern unterstützen**

Beschreibung:

Die DGPPN als Teil des Bündnisses für Kinder aus psychisch und suchtblasteten Familien setzt sich für den Ausbau und die Verbesserung der Versorgung für psychisch erkrankte und suchterkrankte Eltern und ihre Kinder ein. Der Antrag "Prävention stärken – Kinder mit psychisch oder suchtkranken Eltern unterstützen" (20/12089) sollte in der 21. WP umgesetzt werden.

Bundestags-Drucksachenummer:

[BT-Drs. 20/12089 \(Vorgang\)](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Prävention stärken - Kinder mit psychisch oder suchtkranken Eltern unterstützen

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. [SG2503120008 \(PDF - 2 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 26.11.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

2. [SG2503120009 \(PDF - 2 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.02.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

8. **Primärarztsystem: Psychische Erkrankungen erfordern flexible Regelungen**

Beschreibung:

In der Diskussion um die genaue Ausgestaltung des Primärarztsystems ist es der DGPPN wichtig, die Belange von Menschen mit psychischen Erkrankungen mitzudenken.

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2509090009** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 09.09.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (1):

1. **Bundesministerium für Gesundheit**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin/Bonn

Betrag: 40.001 bis 50.000 Euro

Projektförderung des Verbundprojektes MASE2024 "Modellprojekte für Aktionswochen für Seelische Gesundheit und deren Evaluation". Das übergeordnete Ziel des Verbundprojekts ist die wissenschaftliche Untersuchung der Wirksamkeit der Woche des Seelischen Gesundheit. Hierzu sollen alle Veranstaltungen der Aktionswochen 2024 und 2025 in zwei Modellregionen (Leipzig und Hamburg) erfasst werden. Dabei werden mit Kooperationspartnern zudem eigene Antistigma-Maßnahmen entwickelt und umgesetzt. Die Veranstaltungen werden anschließend hinsichtlich ihrer Akzeptanz, ihres Teilnehmendenprofils sowie ihrer medialen Sichtbarkeit evaluiert. Zudem wird eine systematische Bestandsaufnahme zu Antistigma-Kampagnen und –Maßnahmen sowie eine Befragung relevanter Akteurinnen und Akteure durchgeführt. Insgesamt sollen somit Verbesserungspotenziale für die Aktionswoche identifiziert sowie Leitfäden mit Empfehlungen zur Konzeption von Veranstaltungen und zu medialen Aktivitäten erarbeitet werden.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

220.001 bis 230.000 Euro

Beträge über 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (3):

1. Natürliche Person

Betrag: 160.001 bis 170.000 Euro

Erbschaft/Spende

2. Beisheim Stiftung

Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro

Spende

3. Enterprise GmbH

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

Spende Aktionsbündnis

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

2.420.001 bis 2.430.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

[Erstellungsbericht_2023_DGPPN.pdf](#)